

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 3 – Medienstaatsvertrag

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende von
Bündnis 90/Die Grünen,
Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 299.06 / 28.06.06

Berlusconi lässt grüßen

Bevor ich meiner über diesen Vertrag Ausdruck verleihe, eine Vorbemerkung: Natürlich begrüße ich als ein Befürworter des Nordstaates auch die Zusammenführung der beiden Landesmedienanstalten – keine Frage.

Aber was hier vereinbart worden – nämlich die Übergabe der Medienförderung zu 90 Prozent nach Hamburg, ist unakzeptabel. Schritt für Schritt tritt Schleswig-Holstein Einfluss an Hamburg ab, ohne etwas dafür zu bekommen.

Schon mit dem Metropolregion-Vertrag hat Schleswig-Holstein wesentlichen Einfluss auf die Kommunalpolitik, Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik im Hamburger Umland abgegeben.

Bei der Vertiefung der Unterelbe, hat Schleswig-Holstein schon einen Freibrief gegeben, während Niedersachsen hartnäckig auf seine Interessen pocht.

Umgekehrt hat Hamburg bei der Zusammenlegung der Oberlandesgerichten hammerhart blockiert. Ebenso bei der Zusammenarbeit der Universitäten Da weichen die Hamburger keinen Millimeter, nicht mal wenn es um die evangelische Theologie geht.

Deswegen wiederhole ich meine Forderung: Wir brauchen endlich einen Masterplan, in dem die Zusammenarbeit der beiden Länder endlich als Ganzes verhandelt wird. Dieses Stückwerk von Staatsverträgen führt nur dazu, dass Hamburg Stück für Stück seine Interessen durchsetzt und Schleswig-Holstein gar nichts erreicht.

Aber auch der Inhalt dieses Vertrages ist unakzeptabel. Dieser Vertrag gibt qualitative Kriterien für eine Medienpolitik weitgehend auf. Die Verpflichtung der Medienanstalt, die Meinungsvielfalt zu wahren, fällt ganz weg.

1/2

Die Vergabe von Sendefrequenzen erfolgt in Zukunft überwiegend nach finanziellen Gesichtspunkten, aber nicht mehr nach Qualitätskriterien. Eine Kündigung von Sendern ist kaum noch möglich, dafür aber der vollständige Verkauf an Dritte im Verlauf von drei Jahren ohne Einzug der Sendeerlaubnis.

Aber auch die qualitativen Aufgaben wie Medienforschung und Filmförderung sind zumindest als Aufgaben der Medienanstalt aus dem Aufgabenkatalog gestrichen. Sie tauchen nur noch als Geldtransfer im sonstigen durch den NDR zu finanzierenden Aufgaben auf.

Schon fast christlich-fundamentalistisch ist die Abkehr von der Gleichheit aller Religionen. Der neue Vertrag privilegiert die evangelische, katholische und jüdische Konfession gegenüber den Freikirchen und sonstigen Religionen wie Islam oder Buddhismus.

Auch das Recht der Landes- und Bundesregierung auf jederzeitige unverzügliche und kostenlose amtliche Verlautbarungen in allen Sendern mutet in einem modernen Mediengesetz seltsam an – in Schleswig-Holstein gab es das bisher nur zum Zwecke der Abwendung einer akuten Gefahr. Ole von Berlusconi lässt grüßen.

Und dass die Quotierung im Medienrat aufgegeben wurde, dass braucht man bei dieser schwarzen Landesregierung, wo die letzten roten Tupfer langsam unsichtbar verblassen, wohl gar nicht zu erwähnen.

Last not Least – auch der Standort ist ein Witz – und der Spruch des Ministerpräsidenten, das sein für alle verkehrsgünstig, klingt den Beschäftigten in Kiel wie Hohn in den Ohren.

Mein Fazit: Dieser Gesetzentwurf verabschiedet sich völlig von der einstmals engagierten schleswig-holsteinischen Medienpolitik, wie sie in unserem damaligen rot-grünen Landesrundfunkgesetz manifestiert war.

Er übernimmt weitgehend das Hamburger Mediengesetz, das 2003 von CDU, FDP und Schillpartei als ideologischer Pflock gegen heftigen Widerstand verabschiedet wurde.

Für diese Landesregierung ist Rundfunk nur noch eine Ware wie jede andere. Nicht mal die elementaren Grenzen einer effektiven Monopolkontrolle sind eingebaut. Berlusconi lässt grüßen.

Meine Fraktion fordert die Neuaushandlung des Gesetzes mit Hamburg unter Beteiligung von namhaften Medienexperten. Dieses Gesetz ist nicht das Papier wert, auf das es geschrieben wird.
